

Wolfgang Koch

Das Unternehmensinteresse
als Verhaltensmaßstab
der Aufsichtsratsmitglieder
im mitbestimmten Aufsichtsrat
einer Aktiengesellschaft

TECHNISCHE HOCHSCHULE DARMSTADT	
Fachbereich 1	
<u>Gesamtbibliothek</u>	
<u>Betriebswirtschaftslehre</u>	
Inventar-Nr. :	35.282
Abstell-Nr. :	A.12/12.17
Sachgebiete:	1.2.3
	9.4.2



PETER LANG

Frankfurt am Main · Bern · New York

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Teil Ansätze zur Definition eines Unternehmensinteresses	7
A Das Unternehmensinteresse in Literatur, Gesetzgebung und Rechtsprechung	7
I Definition in der Literatur	7
1. vom Zweck her	8
a) Haftungs- und Verhaltensmaßstab	8
b) Gesetzgebungsmaxime	10
c) auf System einer Einigung im Aufsichtsrat bezo- gen	11
2. vom Inhalt her	12
a) Rentabilität	14
b) Erhaltung.....	15
II Keine Definition in Gesetzgebung und Rechtsprechung ..	17
1. Aktien- und Mitbestimmungsgesetz	18
a) Aktiengesetz 1965	18
b) Betriebsverfassungsgesetz 1972	20
c) Mitbestimmungsgesetz 1976	20
2. Rechtsprechung	20
B Die auf das Unternehmen gerichteten Interessen und die Er- mittlung eines Unternehmensinteresses	28
I Abgrenzung des Interesses des Unternehmens von Interes- sen anderer	29
1. Interesse der Gesellschaft	29
2. Interesse der Anteilseigner	32
3. Interesse der Verwaltung	33
4. Interesse der Arbeitnehmer	34
5. Interesse der Gewerkschaften	37

II

6. Interesse der Allgemeinheit.....	40
7. Interesse der Gläubiger.....	42
8. Interesse der Konkurrenten	44
II Ermittlungsmöglichkeiten für ein Interesse des Unternehmens.....	46
1. durch abstrakte vorherige Bestimmung eines selbständigen Unternehmensinteresses.....	47
a) Voraussetzungen	48
aa) Selbständigkeit des Unternehmens.....	48
bb) Sinn des Unternehmensinteresses.....	57
b) Normierung eines Verhaltensmaßstabes unter Interessenabwägung.....	64
2. durch jeweilige Entscheidung aller Aufsichtsratsmitglieder in der konkreten Situation.....	65
2. Teil Gewinnerzielungstendenz als Interesse des Unternehmens.....	68
A Ableitung aus der Betriebswirtschaftslehre und aus der Systematik des Aktienrechtes.....	71
I Zuständigkeit des Aufsichtsrates.....	72
1. gesetzliche Zuständigkeiten.....	72
2. satzungsgemäße Zuständigkeiten.....	73
3. Beschränkung der Kasuistik auf den besonders starken Interessenkonflikt einer Betriebsstillegung.....	76
II Identität des Verhaltensmaßstabes für Vorstands-und Aufsichtsratsmitglieder.....	77
III Vorrangigkeit des erwerbswirtschaftlichen Prinzips in der Betriebswirtschaftslehre.....	79
IV Aussagen des Aktienrechtes zur Gewinnerzielung und zur Gewinnverwendung.....	86
B Überprüfung des Gewinnerzielungsprinzips am Fall der Ablehnung einer Betriebsstillegung.....	94
1. Abschnitt Im Verhältnis zu den Interessen der Arbeitnehmer..	102

III

I	Ablehnung aufgrund falscher Interessenvertretung	103
	1. das Konfliktmodell und seine Auswirkungen.....	103
	a) Formen.....	104
	aa) totaler Dissens.....	104
	bb) Dissens auf der aktuellen Entscheidungsebene.....	105
	cc) Prognosen im Entscheidungsprozeß.....	107
	b) Auswirkungen.....	110
	aa) betriebswirtschaftlicher Art.....	110
	bb) volkswirtschaftlicher Art.....	113
	2. Unvereinbarkeit des Konfliktmodells mit dem Mitbestimmungsgesetz 1976.....	114
	a) keine rechtliche Parität.....	115
	b) keine faktische Parität.....	117
	c) keine Auslegungsmöglichkeiten.....	122
	3. Vorrang der aktienrechtlichen Sorgfalts- und Treuepflichten vor einer Loyalität gegenüber Sonderinteressen.....	127
	a) Sorgfalts- und Treuepflichten.....	127
	b) Sonderbeziehungen.....	129
	aa) Anteilseignervertreter zu Anteilseigner.....	129
	bb) Arbeitnehmervertreter zu Arbeitnehmern.....	130
	cc) Arbeitnehmervertreter zu Gewerkschaften.....	130
	dd) Gewerkschaftsvertreter zu Gewerkschaften....	131
	c) Vorrang der Treue- und Sorgfaltspflicht.....	133
II	aufgrund eines lediglich auf die Erhaltung des Unternehmens gerichteten Unternehmensinteresses.....	147
	1. das Erhaltungsinteresse und seine Auswirkungen.....	147
	2. keine Vertretbarkeit nach dem Mitbestimmungsgesetz 1976.....	151
	a) kein neuer Unternehmenszweck.....	152
	b) Inkompetenz des Aufsichtsrates zur Festlegung des Unternehmenszweckes.....	156

IV

3. Entscheidungen im Rahmen der vorgegebenen erwerbswirtschaftlichen Ausrichtung.....	160
III Ablehnung aufgrund fehlender Vereinbarung über einen Interessenausgleich oder einen Sozialplan.....	165
1. Abgrenzung des Sozialplanes vom Interessenausgleich.....	165
a) Zuständigkeit und zeitliche Reihenfolge der Entscheidungen beim Interessenausgleich.....	166
b) Zuständigkeit und zeitliche Reihenfolge der Entscheidungen beim Sozialplan.....	167
2. unzulässige Verknüpfung der Stilllegungsentscheidung mit dem Inhalt des Sozialplanes.....	168
IV Ablehnung aufgrund nicht beabsichtigter Erweiterungsinvestitionen.....	170
1. Erhaltung des Arbeitspotentials.....	170
2. Forderung nach neuen Arbeitsplätzen.....	171
3. kein zwingender Zusammenhang zwischen Betriebsstilllegung und Erweiterungsinvestitionen.....	172
2. Abschnitt Überprüfung im Verhältnis zu den Interessen der Öffentlichkeit.....	173
I Allgemeine Berücksichtigung der Interessen der Öffentlichkeit.....	174
1. aufgrund gesetzlicher Bestimmungen.....	174
a) konkreter Art.....	174
b) allgemeiner Art.....	175
2. aufgrund freiwilliger Entscheidung.....	179
II Besondere Berücksichtigung bei Vergabe von Subventionen.....	181
1. Formen und Zweck der Subvention.....	181
2. Vereinbarkeit einer Subvention mit dem Unternehmensinteresse.....	182
3. Teil Folgerungen für die Gewinnverwendung.....	185
I zugunsten der Anteilseigner.....	187
1. Rücklagen.....	189
2. Auswirkungen der Dividendenhöhe auf mögliche Barkapitalerhöhungen.....	190

3. kontinuierliche, gewinnorientierte Ausschüttung.....	191
II zugunsten der Arbeitnehmer.....	196
1. mögliche Projekte.....	196
2. Wirkungen einer arbeitnehmerorientierten Gewinn- verwendung.....	196
III Folgerungen.....	197
Zusammenfassung.....	199